

Mitteilungsblatt 27.01.2023

Keine Über-Förderung von Balkonkraftwerken

In der jüngsten Sitzung des Gemeinderates am 16.01.2023 wurden die Anträge der Fraktionen behandelt. Vieles war Konsens, aber die Förderung von Balkonkraftwerken mussten wir als FDP Fraktion ablehnen.

Schon bei der letzten Kreistagssitzung in Sinsheim zogen die Grünen ihren Antrag zur Förderung von Balkonsolaranlagen durch den Rhein-Neckar Kreis zurück, weil sich keine Mehrheit dafür abzeichnete. In der Hoffnung auf weniger informierte Gemeinderäte tourten sie jetzt mit diesem Antrag durch die 54 Gemeinden und Gemeinderäte um sich mit diesem Subventionsvorhaben beim Wähler anzudienen. In Hirschberg hatten Sie damit ebenfalls Glück.

Gleich drei Fraktionen, nämlich GLH, CDU und SPD, beantragten, die Anschaffung von Balkonkraftwerken zukünftig mittels einer Förderrichtlinie zu unterstützen. Mit dem „schlagenden Argument“ alle anderen tun´s ja auch.

Wie FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig ausführte, macht eine Förderung nur dann Sinn, wenn sich eine sinnvolle Zukunftsmaßnahme nach Marktgesetzen nicht lohnt. Bei den so genannten Balkonkraftwerken mit einem überschaubaren Anschaffungspreis von 700 bis 1500 Euro wird sich so eine Anlage für jeden Nutzer innerhalb weniger Jahre durch Einsparung beim Strombezug lohnen. Da macht die Installation für Privatleute durchaus Sinn. Aufgrund des schleppenden Ausbaus der Energienetze und Schwächen der alternativen Stromerzeugung erwartet selbst Energieminister Robert Habeck für die kommenden Jahre keine niedrigeren Strompreise. Haushalten mit knappem Budget dagegen hilft auch der Zuschuss nicht weiter, weil steigende Verbraucherpreise keine Luft für Investitionen zulassen. Daher ist so eine örtliche Förderung nicht mehr als ein Geldgeschenk an potentielle Käufer. Diese nehmen die 150 Euro dankend an, obwohl die Installation bereits so attraktiv ist, dass der Markt die Nachfrage nicht schnell genug bedienen kann.

So eine verfehlte Subventionspolitik sollten wir in Hirschberg nicht praktizieren, da uns so das Geld für künftig wirklich notwendige Maßnahmen fehlen wird.